des Innern einen Zulassungsantrag, versehen mit der Unterschrift von 5000 Stimmberechtigten, zu stellen und einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen. Diese Unterschriften werden den Sparerverbänden wohl keine Schwierigkeiten bereiten, da sie etwa 30 Spitzenverbände mit großer Mitgliederzahl umfassen. Dann ist nach Artikel 73 der Reichsverfassung die „Unterstützung" durch ein Zehntel der Stimmberechtigten beglaubigt nachzuweisen. Diese Vorbedingung dürfte schwerer zu erfüllen sein, da bei 40 Millionen Stimmberechtigten 4 Millionen Unterschriften aufzubringen sind. Zweifellos befinden sich 4 Millionen unzufriedene Sparer in Deutschland; die Schwierigkeit wird lediglich darin bestehen, daß einem großen Teil der Sparer die Beschränkung ihrer Forderungen auf ein auch für die Linksparteien des Reichstags annehmbares Maß beigebracht wird, ohne daß die Geschlossenheit der Aktion leidet.

Ist die erforderliche Unterschriftenzahl aufgebracht, dann wird sich der Reichstag mit dem Entwurf zu beschäftigen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß er in seiner jetzigen Mehrheit dem Gesetzentwurf zustimmt, so daß der Volksentscheid über das Gesetz erforderlich wird. — Der außenparlamentarische Kampf um den Volksentscheid wird zweifellos im Zeichen des Aufwertungsbetrugs und des Zollwuchers der Hindenburg-Luther-Regierung mit beispielloser Erbitterung geführt werden. Die Regierungsparteien werden ihren gesamten Presse- und Geldsack-Apparat aufmarschieren lassen, um mit „hundsgemeinen" Flugblättern und unerhörten Verleumdungs- und Schimpfkanonaden dem Aufwertungsmann Best und seinen völkisch-kommunistischen Hilfstruppen zu Leibe zu rücken.

Entscheidend für den Verlauf dieses Wahlkampfes würde die Stellungnahme der Sozialdemokratie sein. Erfüllt der Gesetzentwurf der Aufwertungsorganisationen die im Reichstag zur Genüge beleuchtete Stellungnahme der Partei zum Aufwertungsproblem, so ist kein Grund ersichtlich, warum sie dieser Wählerabrechnung mit den ihrer Wahllügen überführten Deutschnationalen und mit dem „Retter" der kleinen Sparer in den Weg treten sollte.

Die Opposition im Zentrum

D. **Köln**, 31. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Enthüllungen über die deutschnationale Hetzpolitik haben auch im Rheinland ungeheures Aufsehen erregt. Das Kölner offizielle Zentrumsblatt, die Rheinische Volkswacht, sagt zu den Enthüllungen der sozialdemokratischen Presse folgendes: „So also sehen die Leute und Kreise aus, deren Minister im späteren Reichskabinett das Zentrum bis jetzt mit wachsendem Wohlwollen die Möglichkeit erhalten half, den deutschnationalen Einfluß im Reich langsam, aber sicher zu stärken, die Leute und Kreise, die gegen Marx als Reichskanzler, gegen Marx als preußischen Ministerpräsidenten und gegen Marx als Reichspräsidentschaftskandidaten seit langem gegeifert, gewühlt und gehetzt, auch verleumdet haben, bis er nach Wunsch auf der Strecke blieb. Also Barmat-Kutisker schlug man und das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokraten meinte man! Das Mißtrauen weitester Kreise der Zentrumsanhängerschaft gegen die Rechtsparteien ist bis zur Stunde unausrottbar geblieben und gegenüber Vertrauensseligen der Partei immer wieder betont worden. Jetzt scheint sich erneut zu bestätigen, daß dieses tiefe Mißtrauen berechtigt war und bleibt .... Das Mißtrauen sollte auch die Reichstagsfraktion des Zentrums wieder so stark erfassen, daß die Reichsregierung nicht mehr an den Seilen des Glaubens hängt, dem Zentrum viel oder alles bieten zu können, sondern nur noch an dem Faden der neugewonnenen Zentrumserkenntnis, daß Politik mit rechts für das Zentrum heute Gefahren einschließt. Die Zentrumswählerschaft wird jedenfalls, auch wenn gegenüber dem Skandal, von dem jetzt der Schleier zu ziehen versucht wird, die Rechtsleute alle Künste der Vertuschungspolitik spielen lassen, nun wieder ganz deutlich erkennen, daß der deutschnationale Haßgesang gegen Republik, Verfassung und Weimarer Koalition und anderes im tiefsten Grunde nur dem Zentrum und den Katholiken mit den Sozialdemokraten gegolten hat. Die Zentrumsanhängerschaft wird heute mit besonderem Verstehen vermerken, daß auch Herr Marx dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beigetreten ist.

Zentrumsanhänger, Augen offen gehalten und die Republikfarben hoch! Sie bedeuten mehr als nur Verfassungsfarben zu sein. Lassen wir uns von rechts nicht einlullen!"

Schieles gelbe Garde.

„So gut wie Sie möcht ich's noch mal haben, Herr Minister. Jeder jeben und nich jrade dafür stehen brauchen."

Der Betrug an den Beamten

Geld für die oberen, Phrasen für die unteren — Die Sozialdemokratie enthüllt die Betrugsmanöver
Weitere Steuerpolitik für die Besitzenden

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Auch am Freitag schmiedeten die Regierungsparteien den ganzen Tag über in Konventikeln im Reichstag Pläne, wie sie die Opposition der Sozialdemokratie abkürzen können, ohne daß eine Vergewaltigung berechtigter parlamentarischer Kritik notwendig ist. Die Herrschaften bequemten sich auch, mit Führern der Sozialdemokratie über diese Frage zu verhandeln. Unser Standpunkt ist klar. Wir treiben keine Obstruktion, lassen uns aber das Recht nicht nehmen, vor dem ganzen Lande unsere Meinung zu Gesetzesvorlagen auszusprechen, die eine Milliardenbelastung für die Massen bedeuten und außergewöhnlich tief in das Wirtschaftsleben und in die Finanzen eingreifen. Es scheint, daß bei den Besprechungen nichts Wesentliches herausgekommen ist, obwohl einzelne Zeitungen der Rechten in ihren Freitagabend-Ausgaben wiederum mit Gewaltstreichen gegen die Linke drohen.

Schon zu Beginn der Sitzung stellte die Sozialdemokratie durch den Abg. Dittmann die Rechtsparteien vor die Frage, ob es richtig sei, wie einzelne Zeitungen behaupten, daß entgegen den Abmachungen Sonntagssitzungen eingelegt werden sollen. Nur Graf Westarp hatte die Dreistigkeit, sich für Sonntagssitzungen zu bekennen. Da aber das Zentrum durch seinen Sprecher, Abg. Guerard, sofort abwinken ließ, blieben die Deutschnationalen mit ihrem Wunsch allein. Dann ging das Haus zur Beratung des Notetats über, der bis Ende November notwendig ist, weil der ordentliche Etat nicht rechtzeitig verabschiedet werden kann. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bender nahm die Gelegenheit wahr, um eine eindrucksvolle und reichbegründete Rede zugunsten der unteren und mittleren Beamten zu halten. Er bereitete den Regierungsparteien eine düstere Stunde. Anträge für Anträge zog er hervor, die die Regierungsparteien unmittelbar nach den Wahlen im neuen Reichstag gestellt hatten, angeblich um den Beamten zu helfen. Inzwischen ist durch fortschreitende Teuerung die Lage der Staats- und Reichsarbeiter, der Staats- und Reichsbeamten und der Angestellten noch trostloser geworden, aber keine der Regierungsparteien steht nun zu einem ihrer damaligen Anträge.

Die Regierungsparteien ohne Ausnahme, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum, hatten kein Wort der Erwiderung. Nur der Reichsfinanzminister v. Schlieben erhob sich, um zu behaupten, daß die notleidenden Finanzen unter keinen Umständen eine Aufbesserung der Beamtengehälter, auch keine einmalige Wirtschaftsbeihilfe, zulassen. Man würde mehr Verständnis für diese Klagerufe haben, wenn sie nicht immer nur dort laut würden, wo es sich um unbemittelte Schichten des Volkes handelt. Sobald ein Ansturm von Kapitalisten erfolgt, kapituliert regelmäßig auch der Reichsfinanzminister, trotz den schlechten Finanzen. Unser Redner wurde von dem völkischen Abgeordneten Dietrich und dem Kommunisten Stoecker unterstützt. Dann sprach noch der sozialdemokratische Abgeordnete Steinkopf gegen die Scheingründe des Ministers. Zuvor ereignete sich eine kleine Sensation. Als der Kommunist Stoecker ein vertrauliches Rundschreiben der deutschnationalen Reichstagsfraktion an die deutschnationale Presse im Lande verlas, da zeigte sich, daß die deutschnationalen Führer ihre Presse im Lande anweisen, die Sicherheitspolitik möglichst zu vertuschen und den deutschnationalen Journalisten vor allem verbieten, auch nur ein Wörtlein darüber verlauten zu lassen, daß die Deutschnationalen de facto freiwillig auf Elsaß-Lothringen verzichtet haben.

In namentlicher Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung des Zuschlages auf die Grundgehälter für die Klassen 1 bis 7 von 12,5 auf 20 Prozent abgelehnt. Auch unser Antrag auf einmalige Beihilfe von 100 Mark wurde von den Regierungsparteien niedergestimmt.

Am Nachmittag wurde die Vermögenssteuer zu Ende beraten. Dann kam die Erbschaftssteuer an die Reihe. Für unsere Fraktion sprachen die Abgeordneten Saupe und Seydewitz für eine schärfere Erfassung der großen Erbschaften. Selbstverständlich ohne Erfolg. Der Regierungsblock hat die Mehrheit und setzt sein Programm der Steuerentlastung des Besitzes durch. Ein bedeutsamer Entwurf ist das Reichsbewertungsgesetz, das für die Einziehung zur Steuer, namentlich der Grundstücke, einheitliche Richtlinien für das Reich festsetzt. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach zunächst Abg. Keil, der aufsehenerregende Zahlen über die Unterbewertung von Grundstücken zum Schaden des Steuerfiskus vortrug. Seine Rede wurde ergänzt durch den sozialdemokratischen Abg. Bülow, der nachwies, wie die vorgeschlagene Bewertung nach dem Ertragswert nur zu einer Begünstigung des großen Besitzes führe. Er verlangte Besteuerung nach dem gemeinen Wert. Die Regierungsparteien schwiegen den ganzen Tag zu allen diesen Debatten. Ihre Abgeordneten hatten sich von früh morgens bis zum späten Abend im Reichstagsrestaurant aufgehalten und strömten nur zu den Abstimmungen in den Sitzungssaal.

•

Sitzungsbericht

108. Sitzung, Freitag, 31. Juli

Der Haushaltsausschuß beantragt, den Notetat für 1925, der schon bis zum 8. August verlängert werden soll, bis zum 30. November zu verlängern, wenn bis dahin der normale Etat nicht erledigt ist.

Abg. Bender (Soz.):

Die Hinausschiebung des Termins auf den 30. November wird damit begründet, daß der Reichstag vor dem November nicht mehr zusammentreten werde. Daraus geht hervor, daß die Regierungsparteien mit der Verabschiedung des Etats vor den Ferien nicht mehr rechnen. Wollen sie aus politischen Gründen die Verabschiedung verschleppen, so wird die Sozialdemokratie den allerheftigsten Protest dagegen einlegen.

Bei dem Zusammentritt des Reichstages im Januar lagen von allen Regierungsparteien Anträge auf Erhöhung der Beamtenbesoldung vor. Dawes erinnerte man sich noch an die Wahlversprechungen und man hielt es für notwendig,

Beamtenfreundlichkeit zu zeigen.

Sowohl die Deutschnationalen, wie die Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei brachten in ihren Anträgen die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Bezüge der unteren Beamten erhöht werden müßten. Auch die Regierung sprach sich in ihrer Erklärung für eine Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten und Arbeiter aus. **Das waren schöne Worte, jetzt soll es aber nach dem Willen der Regierung und der Regierungsparteien bei diesen Worten sein Bewenden haben.** Als die sozialdemokratische Fraktion noch vor zwei Monaten, als die Regierung keine Miene machte, um ihre Versprechungen einzulösen, den Vorschlag auf Erhöhung der Bezüge der Gruppen 1 bis 6 machte, ging das den Regierungsparteien angeblich nicht weit genug; sie erklärten, daß eine gründliche Revision der Besoldung notwendig sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, dem Reichstag bald über die Möglichkeit einer Erhöhung der Beamtenbezüge zu berichten.

Die Redner der Regierungsparteien erklärten, daß sie sich auf eine „Prolongation des Wechsels" nicht mehr einlassen würden. Bei diesen Worten ist es geblieben, **die Herren scheinen Angst vor der eigenen Courage bekommen zu haben.** Mitte Mai erschien die Denkschrift der Regierung, in der ausgeführt wird, daß mit Rücksicht auf die Lage der Wirtschaft und die Lage der übrigen Bevölkerung die Regierung die Verantwortlichkeit für eine Erhöhung der Beamtengehälter nicht übernehmen könne. Die Beamtengehälter seien jetzt schon höher als die Löhne der Industriearbeiter; eine allgemeine Erhöhung würde zu einer Steigerung der Preise für alle Waren führen, man würde also damit nicht eine Verbesserung der Lebenshaltung erzielen. Die Gehaltserhöhung für die Beamten würde eine Belastung der breiten Massen bringen, die sich in derselben Lage wie die Beamten befänden. **Die Behauptung, daß die Beamten höhere Einkommen haben als die Industriearbeiter, ist in dieser Allgemeinheit falsch.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Löhne der Industriearbeiter sind den Gehältern und Löhnen der Beamten und Staatsarbeiter vorausgeeilt. Der Redner zeigt an einem Beispiel aus Stuttgart, **daß dort die Industriearbeiter 50 bis 100 Prozent mehr verdienen wie die unteren Beamten.** Auch die Behauptung der Denkschrift, daß unter einer Erhöhung der Gehälter und Löhne die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt leiden würde, trifft nicht zu.

In den andern Industrieländern sind die Löhne weit höher als in Deutschland. Die deutschen Unternehmer zahlen ihren Arbeitern 500 bis 1800 Mark im Jahr weniger als ihre ausländischen Konkurrenten.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Behauptung, daß eine Lohn- und Gehaltserhöhung Preissteigerungen nach sich ziehen würde, ist nicht richtig. Die Lohnerhöhung kann wettgemacht werden durch bessere Organisation und technische Ausgestaltung der Betriebe. An Tausenden von Beispielen aus dem Auslande kann nachgewiesen werden, daß, trotzdem dort viel höhere Löhne als bei uns gezahlt werden, die Waren mit den bei uns erzeugten konkurrenzfähig sind. Die Regierung weiß das auch ganz genau. **Sie muß es wissen, daß immer erst die Preissteigerungen kommen, die Gehalts- und Lohnerhöhungen immer erst lange nachher folgen.** Schon seit sechs Wochen leiden wir in Deutschland unter

ungeheuren Preissteigerungen.

Ist etwa die Erhöhung der Löhne und Gehälter die Ursache dafür? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben noch unzählige Betriebe in Deutschland, wo, trotzdem die Kosten für die Lebenshaltung weit über Friedenshöhe liegen, die Arbeiter nicht einmal den Friedenslohn erhalten. Bei einer Besprechung mit den Beamten mußte die Regierung selbst zugeben, daß alle ihre Versuche, eine Preissenkung zu erzielen, ohne Erfolg geblieben sind. Es ist klar, daß diese Versuche so lange scheitern müssen, solange nicht mit derselben Energie, wie der Druck auf die Löhne erfolgt, dieser auf die Preispolitik der Kartelle ausgeübt wird.

Die Regierung behauptet weiter, die Erhöhung der Beamtenbezüge würde neue Steuern und eine neue Belastung der Massen verursachen. **Aber bringt denn nicht der lückenlose Zolltarif eine viel stärkere Belastung der breiten Massen?**

Solange Sie eine solche Zoll- und Steuerpolitik treiben, die dem Arbeiter das letzte Stück Brot maßlos verteuert, so lange haben Sie nicht das Recht, die berechtigten Forderungen der Beamten mit der Behauptung abzutun, die Belastung der breiten Massen würde durch die Erfüllung der Forderungen steigen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wenn man sich dazu das Gutachten des Reichsbankdirektoriums ansieht, wonach eine Lohn- und Gehaltserhöhung die Gefahren einer neuen Inflation mit sich bringe, so gewinnt man den Eindruck, daß das alles nur vorgeschobene Gründe sind, **um den arbeitenden Massen die ganze Last des so elend verlorenen Krieges aufzuerlegen.** (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Redner erinnert an die Denkschrift der Arbeitgeberverbände, die von der Regierung verlangt, daß sie jede Erhöhung der Beamten- und Arbeiterlöhne ablehnt. **Der Einfluß der Industrieherren ist wieder so stark, daß die Regierung es nicht wagt, auf solche Unverschämtheiten die richtige Antwort zu geben.** Die sozialdemokratische Fraktion hat wiederholt angegeben, auf welche Weise die Mittel flüssig gemacht werden können, um die Bezüge der unteren Beamten zu erhöhen. Wenn der Wille bei der Regierung vorhanden sei, so könnten die Gehälter erhöht werden. Sie vertröstet die Beamten auf den Herbst, weil man vorher nichts über die Auswirkung der Zölle und Steuern wissen könne. Diesen Wechsel auf die Zukunft können die Beamten nicht akzeptieren.

Es muß sofort etwas geschehen, um ihnen zu helfen.

Die Verschuldung und Verelendung der Beamten geht immer weiter. Die Sozialdemokratie hat für ihre Lage eben solches Verständnis, wie für die Not andrer Kreise, wie wir es bei der Aufwertungsfrage gezeigt haben. Die Organisationen der Beamten und Arbeiter werden sich heute nicht alles gefallen lassen. Wenn es zu Schwierigkeiten kommen sollte, dann trage Sie (nach rechts) für alle sich daraus ergebenden Folgen die Verantwortung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Herren Geheimräte von der Regierung haben in den Jahren 1921/23 mehr Verständnis für die Lage der unteren Beamten gehabt, weil sie damals mit Papierwäsche in den Dienst kommen mußten, weil damals auch die Oberbeamten sich keine Zeitung und kein Buch kaufen konnten, weil sie damals erklärten, sie müßten die Schuhe ihrer Kinder selbst besohlen, weil auch sie damals trocknes Brot essen mußten, weil sie sich in der gleichen trostlosen Lage befanden, wie die unteren Beamten. Damals haben die Beamten der Regierung noch Verständnis für fremdes Leid gehabt. Inzwischen aber ist der Notstand der oberen Beamten beseitigt worden, der Notstand der unteren ist geblieben. **Lehnen die Rechtsparteien jetzt unsern Antrag ab, dann liefern sie damit wiederum den Beweis, daß alle ihre Versprechungen Lug und Trug waren, daß ihre Anträge vom Januar nicht ernst gemeint gewesen sind. Lehnen Sie unsern Antrag ab, dann wird aber auch umso schneller die Zeit kommen, wo Sie für Ihre Politik zur Rechenschaft gezogen werden!** (Stürmischer Beifall b. d. Soz.)

Reichsfinanzminister v. Schlieben:

Die Frage der Beamtenbesoldung bildet den Gegenstand der größten Sorge der Reichsregierung. (Rufe links: Davon merkt man aber nichts!) Ich habe immer soziales Verständnis gezeigt. Wir verkennen nicht die Notlage der Beamten, ist und die Tatsache, daß die Beamten gewisser Gruppen [illegible] gegen auferlegen müssen. Gegenwärtig liegen es aber die Verhältnisse nicht zu, im Augenblick eine Änderung der schwierigen Wirtschaftslage der Beamten eintreten zu lassen. Die ungünstige Gestaltung des Reichsetats läßt eine Mehrbelastung nicht zu. [illegible] Steinkopf (Soz.): Dann geben Sie wenigstens eine einmalige Beihilfe!) Eine solche allgemeine Beihilfe wird abgelehnt als sehr unerwünscht bezeichnet. Ich hoffe aber, daß sich die finanziellen Verhältnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden so entwickeln, daß in nicht allzuferner Zeit die Lage der Beamten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250801/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG